

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU – Ratsfraktion am 17. Dezember 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und –kollegen,
meine Damen und Herren,

Salus publica suprema lex

Das öffentliche Wohl ist oberstes Gesetz!

Im Spannungsfeld zwischen Finanzproblemen, strukturellen Änderungen in der Gesellschaft und einer immer bunteren Medienwelt ist es für uns manchmal schwer, die wichtigen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren und eine klare Richtung vorzugeben.

Ich bin mir sicher: Diese römische Maxime vom Vorrang des öffentlichen Wohls sollte auch heute noch unsere wichtigste Richtschnur sein! Natürlich wird man dann immer noch zu unterschiedlichen Lösungen kommen können, was in der konkreten Situation denn öffentliches Wohl bedeutet, aber man sollte sich doch stets fragen, ob es bei den Überlegungen immer genügend Beachtung gefunden hat!

Kommunalpolitik in heutiger Zeit ist schwierig. Alle Kommunen leiden unter wegbrechenden Einnahmen. Da geht es ja nicht um einige Prozent, da geht es um ganz andere Größenordnungen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen. Bund und Land geben uns Aufgaben weiter, die nicht vollständig gegenfinanziert sind und damit unsere kommunalen Haushalte belasten. Der Kreis hat durch die Krise steigende Soziallasten und gibt diese über die Kreisumlage an uns weiter.

Teilweise hat dies für die Bürger in vielen Kommunen bereits deutlich sicht- und spürbare Folgen: In Wuppertal bleibt nicht nur die Schwebebahn stehen, auch Schwimmbäder oder Theater werden geschlossen. Wer letzten Sonntag Anne Will gesehen hat, hörte auch aus Kiel entsprechende Klagen: in den Schulen fällt der Putz von den Wänden. Da haben wir es in Meerbusch noch vergleichsweise gut, aber auch an uns geht die Krise natürlich nicht vorbei.

Klar ist spätestens seit der großen Wirtschaftskrise in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts: man sollte nicht in die Krise „hineinsparen“ und das Geld ausgeben komplett unterlassen! CDU und FDP im Bund sehen das so und handeln auch danach.

Es gibt in dieser Problemlage in unseren Augen für Meerbusch nur einen vernünftigen Weg: die richtige „Balance“ zwischen Sparen und Investieren.

Investieren heißt für uns auch: Angebote schaffen! Meerbusch ist nicht alleine auf der Welt, täglich entscheiden sich Menschen wo sie wohnen oder arbeiten wollen, wo sie Familien gründen oder ihre Kinder zur Schule schicken werden. Meerbusch steht da natürlich in einem Wettbewerb: wir haben einen hervorragenden Standort, eine sehr gute Ausgangsposition, aber wir müssen auch weiterhin selber etwas dafür tun.

Die demographische Entwicklung prognostiziert für unser Land: Rückgang der Einwohner, steigendes Durchschnittsalter. Aber natürlich gibt es von diesem Durchschnitt auch Abweichungen: Düsseldorf zum Beispiel wird aller Wahrscheinlichkeit nach wachsen. In Willich sind die Einwohner im Schnitt jünger als in Meerbusch. Für uns heißt das: Entwicklungen sind nicht „gottgegeben“, sondern natürlich auch abhängig von unseren langfristigen Weichenstellungen.

Und deshalb wollen CDU und Bündnis90 / Die Grünen attraktive Angebote für die Menschen schaffen:

- hervorragende Kindertagesstätten,
- moderne Schulen
- solide Arbeitsplätze vor Ort,
- attraktives Wohnen in umweltfreundlichen Häusern,
- umfangreiche Einkaufsmöglichkeiten
- ein flächendeckendes Sportangebot.

Die FDP hat da eine ganz andere „Idee“ von Meerbusch: Einkaufen geht ja auch in Düsseldorf oder Krefeld, Fußball spielt demnächst eh keiner mehr, weil die Menschen zu alt dazu sind. Und wenn eine Firma, die in Meerbusch neu ansiedeln will, Wünsche für eine Änderung des Bebauungsplans vorträgt, ist das schon aus Prinzip abzulehnen, wofür haben wir schließlich genau diese Planung beschlossen? So etwas ist für mich das Gegenteil von angebots-orientierter Politik.

Die SPD hat irgendwie gar keine umfassende „Idee“ von Meerbusch, hier denkt man „in kleinem Karo“ ohne wirklich erkennbare Linie, man stellt alte Anträge zum wiederholten Mal oder trägt illusorische Forderungen vor. Beiträge zum Sparen hält man gar nicht für nötig, das können ja dann andere machen.

Zur Linie der UWG fällt mir wenig ein außer: „Populismus pur“. Die Presse kann sich freuen, eine Pressemitteilung der UWG pro Tag ist da immer drin. Dass die UWG zusätzliches Geld für ihre Fraktion will, preiswertes Tagelohn ihrer Fraktionsmitglieder in einer Gaststätte für unzumutbar hält, aber den anderen Fraktionen gleichzeitig ständig Geldverschwendung vorwirft, sei hier nur am Rande erwähnt.

So ist es auch wirklich kein Zufall, dass wir mit den Grünen eine Kooperation eingegangen sind. Viele Schritte auf dem Weg zu einem modernen, attraktiven und umweltfreundlichen Meerbusch sehen wir ähnlich, natürlich nicht immer alles deckungsgleich, aber eine langfristige vertrauensvolle Zusammenarbeit ist deshalb gut möglich. Das schließt auch gegenseitiges „Lernen“ voneinander ein.

Unser erster gemeinsamer Haushalt enthält bereits vieles aus dieser Zusammenarbeit: er ist aber nur die Basis für die nächsten Jahre! Es war ein guter Start, so wird es uns weiter gemeinsam gelingen!

Der Haushalt hält die bereits vorhin erwähnte Balance: in Bereichen wie Schulen oder Kita´s wird nicht gespart, sondern kräftig investiert. Bei den sonstigen Investitionen wird zum Teil deutlich zurückgefahren, aber nur im Rahmen dessen, was später nicht zu langfristigen Problemen führt. Der „Berg“ nicht erledigter Dinge vor uns darf nicht zu groß werden, sonst belasten wir unsere Zukunft zu sehr.

Dass wir auch mit unseren Ausgaben gut haushalten, sieht man z.B. an den Gebühren: hier konnten wir fast alles konstant halten. Das ist nicht so einfach wie es klingt, denn Kosten z.B. im Personalbereich steigen nun mal kontinuierlich an.

Die Verwaltung der Stadt Meerbusch hat einen großen Anteil an dieser soliden Ausgangsposition. Mit deutlich weniger Stellen als noch vor einigen Jahren muss die Arbeit erledigt werden. Das führt in Teilbereichen natürlich zu einer großen Belastung. Deshalb an dieser Stelle ein ganz herzlicher Dank an alle Mitarbeiter der Stadt Meerbusch hier stellvertretend an unseren Bürgermeister Dieter Spindler, unsere erste Beigeordnete Angelika Mielke-Westerlage und den technischen Beigeordneten Dr. Just Gerard.

Gerade die Arbeit in einer politischen Kooperation verlangt von der Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung eine ganze Menge: es wird mehr Prüfung von Alternativen, noch mehr Abwägen von möglichen Kompromisslinien geben. Am Ende muss aber natürlich trotzdem ein klares und stringentes Handeln stehen. Deshalb bitte ich die Verwaltung an dieser Stelle auch um etwas Geduld mit der Politik, es wird nicht immer alles so schnell und reibungslos gehen wie es theoretisch denkbar wäre!

Lassen Sie mich noch zu einem wichtigen Punkt unserer Kooperationsvereinbarung mit den Grünen etwas sagen: die stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit. Es ist nicht immer leicht, Interesse für allgemeine Themen in der Kommunalpolitik zu finden. Bei persönlicher Betroffenheit ist das Interesse naturgemäß dann schon deutlich größer. Wir wollen das Angebot an die Bürger zur Mitarbeit aber insgesamt erhöhen! Die kürzlich erfolgte Umfrage bei unseren Senioren hat gezeigt: es ist großes Interesse da! Die Beteiligung lag deutlich über der in anderen Kommunen. Das zeigt: diese Anstrengung für Meerbusch wird sich lohnen.

„Salus publica suprema lex“ heißt für uns: Meerbusch als lebenswerte, moderne und umweltfreundliche Stadt für alle Generationen, mit hervorragender Infrastruktur und stabilen Finanzen. Der heutige Haushalt ist in schwieriger Zeit ein wichtiger und guter Schritt in diese Richtung.

Ich wünsche allen hier im Saal ein frohes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch sowie Glück und Gesundheit im Neuen Jahr!

Werner Damblon

Es gilt das gesprochene Wort.